

Zeitschrift: Der Armenpfleger : Monatsschrift für Armenpflege und Jugendfürsorge
enthaltend die Entscheide aus dem Gebiete des Fürsorge- und
Sozialversicherungswesens

Herausgeber: Schweizerische Armenpfleger-Konferenz

Band: 19 (1922)

Heft: 4

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

daß Frau E. das graubündnerische Gebiet freiwillig und ohne Zutun der Gemeindebehörden von Chur und Churwalden verlassen habe und daher von einer unzulässigen Abchiebung im Sinne des Entscheides i. S. Zürich gegen Schaffhausen nicht die Rede sein könne, steht im Widerspruch mit dem eigenen gewiß unverdächtigen Zeugnis der erwähnten Gemeindebehörden selbst, das durch nichts widerlegt worden ist, und ist aktenwidrig. Und darauf, daß Frau E. während ihres Aufenthaltes in Fassugg-Braschgen noch keine Unterstützungen bezogen hatte, kann nach dem Gesagten nichts ankommen, sobald die Lage der Familie derart war, daß bei längerer Dauer des Aufenthaltes die Gefahr einer solchen Inanspruchnahme der öffentlichen Wohltätigkeit drohte. Daß dies aber dem Gemeinderat von Churwalden nicht nur bei pflichtgemäßer Aufmerksamkeit hätte bekannt sein müssen, sondern tatsächlich auch bekannt und mit ein Beweggrund für sein Vorgehen gegen Frau E. war, ergibt sich wiederum aus seinem eigenen Berichte und würde übrigens schon durch den nachherigen Verlauf der Dinge in Zürich, die Lage, in der sich die Familie dort befand, in einer jeden ernstlichen Zweifel ausschließenden Weise dargetan.

Der Kanton Graubünden kann sich gegenüber dem Anspruch von Zürich auch nicht darauf berufen, daß nach seinem internen Rechte die Armenunterstützung Sache der Gemeinden sei und den kantonalen Behörden dafür Kredite nicht zur Verfügung stehen. Es ist Sache der Kantone, dafür zu sorgen, daß den Verpflichtungen, die der Bund zu Lasten seiner Glieder durch Staatsvertrag übernommen hat, auf ihrem Gebiete nachgelebt wird, und die Verbände und Selbstverwaltungskörper, denen sie die Führung gewisser Teile der öffentlichen Verwaltung anvertraut haben, dazu anzuhalten. Für Lasten, die ihnen aus dem fehlerhaften Verhalten eines solchen Verbandes erwachsen, mögen sie allenfalls auf denselben zurückgreifen, dagegen kann es ihnen keinesfalls zustehen, den Bund oder einen anderen Kanton, dem daraus Ansprüche entstanden sind, damit an jenen zu verweisen. In gleicher Weise hätte auch der Umstand, daß von Rechtswegen schon Chur die Heimschaffung hätte anordnen sollen, die Gemeinde Churwalden nur berechtigen können, die Familie wieder dorthin zurückzuschaffen oder für deren Unterstützung bis zur Heimschaffung auf Chur den Regreß zu nehmen, nicht dieselbe einem anderen Kanton zuzuschieben.

Zu der Frage aber, ob Zürich gehalten und vom Standpunkte des Staatsvertrages berechtigt war, bevor es seinerseits die Heimschaffung in die Wege leitete, dem Kanton Graubünden die Rückverbringung der Heimzuschaffenden dorthin anzubieten, braucht deshalb nicht Stellung genommen zu werden, weil aus der oben Fakt. A wiedergegebenen Korrespondenz hervorgeht, daß er dazu von Anfang an bereit und daß es lediglich der Widerstand des graubündnerischen Erziehungsdepartementes selbst war, an dem diese Lösung scheiterte. Es ist nicht verständlich, wie unter diesen Umständen der Kleine Rat aus der angeblichen Unterlassung eines solchen Versuchs eine Einrede gegen die Klage herleiten will.

N.

Appenzell A.-Rh. Der Kantonsrat hat auf Antrag des Regierungsrates die Kündigung des Konkordates auf den 31. Dezember 1922 beschlossen.

Zu seinem Antrage war der Regierungsrat durch das Gesuch der kantonalen Armenpflegerkonferenz veranlaßt worden, es möchte die Revision der Konkordatsbestimmungen betreffend die wohnörtliche Armenunterstützung erstrebt oder der Austritt aus dem Konkordat ins Auge gefaßt werden. Besondere Steine des Anstoßes sind für die Konferenz die Art. 3, Abs. 2, und Art. 15 des Konkordates, und da der Regierungsrat eine baldige Revision dieser Artikel

nicht für wahrscheinlich hält, beantragte er dem Kantonsrat die Kündigung. In seiner Begründung führt er aus: Als die Landsgemeinde am 28. April 1918 den Beitritt beschloß, war das Kriegsnotkonfordat noch in Kraft, und es wurde vermutet, die meisten ihm angehörenden Kantone würden auch dem neuen Konfodate beitreten. Diese Vermutung hat sich aber nicht erfüllt. Während sich früher 18 Kantone und nebst Thurgau alle ostschweizerischen zusammengeschlossen hatten, haben wir heute ein Konfordat, dem hauptsächlich die Zentralschweiz angehört. Es ist also für Appenzell A.-Rh. nur etwas Gutes und entspricht durchaus nicht den gehegten Erwartungen. Nur ein ganz kleiner Teil der außer-rhodischen Unterstützungsfälle kommt unter die Konfodatsbestimmungen; so unterstützte Walzenhausen im Jahre 1920 96 Personen, von denen nur 8 in Konfodatskantonen, und Schwellbrunn 94 Personen, von denen nur 3 in Konfodatskantonen wohnten. Seit dem Inkrafttreten des Konfodates am 1. April 1920 sind 23 Appenzeller in Konfodatskantonen und 53 Bürger von solchen in Appenzell A.-Rh. unterstützt worden; die appenzellischen Gemeinden leisteten pro Quartal an Nichtkantonsbürger Fr. 3172.60 und andere Kantone leisteten für appenzellische Bürger Fr. 1765.35; es ergibt sich somit eine quartalsweise Mehrbelastung der appenzellischen Gemeinden um Fr. 1407.25. Gewiß soll im Armenwesen nicht die finanzielle Seite, sondern das Wohl der Armen ausschlaggebend sein, aber wir haben durchaus keine Gewißheit, daß sich unsere auswärtigen wohnenden Bürger unter dem Konfordat besser oder auch nur ebenso gut stellen, wie wenn sie von ihrer Heimatgemeinde allein unterstützt werden müssen.

Der Kunde vom bevorstehenden Austritt Appenzells steht erfreulicherweise die andere gegenüber, daß in zwei andern Kantonen löblicher Eidgenossenschaft der Eintritt vorbereitet wird, und von Interesse ist es, daß der Entwurf eines neuen luzernischen Armengesetzes die Grundzüge des Konfodates auf die innerkantonale Gestaltung der Armenfürsorge anwenden will. St.

Genf. Die öffentliche Krankenunterstützung (L'Assistance publique médicale) unterstützte im Jahr 1920 in den verschiedenen Kranken- und Erholungsanstalten Genfs und zu Hause 1895 Genfer mit 277,617 Fr., ferner 1992 Schweizer aus andern Kantonen mit 186,351 Fr. und 1168 Ausländer mit 151,878 Fr. Total wurden für die Krankenpflege Kantonsfremder nach Abzug von Rückstellungen durch die Kranken im Betrage von 109,761 Fr. 244,579 Fr. verausgabt, rund 50,400 Fr. weniger als im Vorjahre, trotz der Erhöhung der Kostgelder in den Krankenanstalten. Die Ausgaben für die Krankenpflege der Genfer werden durch den Staat und die Rückstellungen der Kranken gedeckt. Das an der Rue Jean-Calvin 11 gelegene Bureau veranschlang an Verwaltungskosten 31,107 Fr. W.

— Voici quelques renseignements sur la façon dont fut résolue à Genève la question de *l'aide aux chômeurs* pendant l'année 1921.

Si des plaintes se sont fait entendre du côté italien sur le traitement auquel étaient soumis en Suisse les chômeurs d'au-delà les Alpes, plaintes injustifiées, hâtons-nous de le dire, d'autres, fréquentes, insistantes, se sont élevées dans les cantons allemands sur l'interprétation genevoise des ordonnances fédérales réglant l'aide aux chômeurs suisses.

On oublie trop que si l'Office genevois et le Département du Commerce et de l'Industrie qui présidât le service de secours ne dépassèrent guère 90 jours dans l'octroi des subsides, des chantiers furent ouverts par l'Etat et les communes pour occuper constamment mille à douze cents

chômeurs, dont quelques-uns restèrent au travail jusqu'à huit et 10 mois. De ceux-ci un bon nombre étaient des Confédérés.

Mais ce n'est pas tout.

Une commission centrale d'aide aux chômeurs avait été instituée dès Janvier 1921, sous le patronage de l'Etat, et avec l'assurance que celui-ci interviendrait financièrement dès que le besoin s'en ferait sentir, c'est-à-dire quand les dons du public se feraient rares.

La commission se mit à l'œuvre aussitôt en organisant un service de distribution de vivres et de combustible aux chômeurs qui ne recevaient pas de subsides ou ne pouvaient être admis sur les chantiers officiels. A chacun de ceux qui justifièrent leur qualité de chômeur non secouru au sens de la loi, la commission donna chaque semaine la soupe, le pain, l'épicerie, le lait pour les enfants, selon les proportions reconnues possibles. A cette heure, ce service fonctionne encore, bien que le nombre des familles secourues ait passé de 1300 en janvier 1921 à 400 environ un an plus tard.

A l'appel qui lui fut adressé dès l'abord, le public répondit sans grand enthousiasme, des préventions injustes contre la masse des chômeurs se propageant un peu partout dans les divers milieux de la population. Néanmoins, une somme de fr. 230,000 fut recueillie provenant de particuliers ou de groupes, sans parler de fr. 110,000 fournis par la caisse de l'Etat.

Un des principaux objectifs de la commission centrale fut ensuite la recherche de travail pour les chômeurs. Par là, ses membres avaient espéré enlever à l'action de secours l'apparence de la charité ou de l'assistance, pour lui substituer le caractère d'entraide sociale qu'on désirait lui donner, sans peut-être se rendre assez compte de la difficulté de créer des travaux dans un temps d'arrêt complet de toute production et de hausse des salaires.

Dans cette direction pourtant les efforts tentés en faveur de l'élément féminin eurent du succès, en ce sens que l'ouvroir de l'Union des Femmes, subventionné par la Commission et par l'Etat, put occuper du 1^{er} février au 15 septembre 127 ouvrières sans travail. Celles-ci touchèrent un salaire de fr. 9626, soit en moyenne fr. 80 par personne, un résultat qui n'a certainement pas répondu aux dépenses faites d'argent, d'intelligence et de temps, encore moins aux espérances des initiateurs.

Les secours efficaces ont donc bien consisté dans les dons faits aux chômeurs de vivres et de combustible, dons insuffisants, c'est clair, pour l'entretien des familles, suffisants néanmoins pour permettre à celles-ci de traverser sans souffrances trop vives l'épouvantable crise dont nous sommes encore les victimes.

J. J.

Literatur.

Verwahrungsgesetz. Entwurf und Begründung von Dr. Hans Maier, Frankfurt (Schriften des Deutschen Ausschusses für Gefährdetenfürsorge, Nr. 1) 19 Seiten, 1921, 3 Mk. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe.

Der Deutsche Ausschuss für Gefährdetenfürsorge unterbreitet soeben seinen Entwurf und Begründung eines Verwahrungsgesetzes der breiten Öffentlichkeit zur Begutachtung und Unterstützung. Das Fehlen einer gesetzlichen Handhabe zur Verwahrung solcher volljährigen Personen, die infolge ihrer geistigen Schwächen schweren sittlichen und gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt sind, wird schon lange von allen Mitarbeitern an der Fürsorgeerziehung als Mangel